

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien

3. Sitzung
23. Februar 2022

Beginn: 9.34 Uhr
Schluss: 12.15 Uhr
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Keine Wortmeldungen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0105
**Den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg
gemeinsam denken! Und gestalten!**

[0013](#)
EnBuMe
WiEnBe(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bericht der Senatsstaatskanzlei zur
Engagementstrategie unter Berücksichtigung der
bisherigen Umsetzung und unter der
Berücksichtigung der Haushaltsplanung**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0016](#)
EnBuMe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Derya Çağlar: Wir kommen zu

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Umsetzung der Engagementstrategie: Bereitstellung
und Mehrfachnutzung landeseigener Räume**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0007](#)
EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße ganz herzlich Frau Jeglinski, Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., die persönlich da ist, und Herrn Peter Ottenberg, der digital zugeschaltet ist. Herzlich willkommen! Ich darf feststellen, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse, einverstanden sind, Frau Jeglinski und Herr Ottenberg! – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich sehe Nicken. Ich darf noch kurz darauf hinweisen, dass die Stellungnahme von Herrn Ottenberg letzte Woche per Mail im Ausschussbüro eingegangen ist und am Donnerstag an Sie übermittelt wurde. Besteht der Wunsch nach Begründung des Besprechungsbedarfs? – Frau Kahlefeld! Sie haben das Wort!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich möchte für die Koalition diesen Besprechungspunkt begründen. Ich war in der letzten Legislaturperiode bei der Erarbeitung der Engagementstrategie dabei und kann mich erinnern, wie dringlich der Wunsch aller Beteiligten dort war, über die Raumproblematik zu sprechen. Wir erleben alle in unseren Kiezen, dass durch die Verdrängung, durch Verkauf von Häusern, wo dann die Ladenlokale plötzlich anders genutzt werden, die Vereine, die bisher in diesen Räumen waren, unter einen enormen Druck kommen. Ganz viele verschwinden auch einfach. Es geht im Moment ganz viel soziale Infrastruktur und Engagementkultur in dieser Stadt kaputt. Wir haben da jetzt schon einen riesigen Flurschaden. Eine der Lösungen, die wir erarbeitet haben, war, dass zum Ausgleich wenigstens teilweise versucht werden sollte, landeseigene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Das ist aber rechtlich nicht so einfach, wie wir uns das in unserem Idealismus vorgestellt haben. Deswegen möchten wir aufbauend auf diesem Konsens, dass wir das alle gemeinsam in den Bezirken versuchen wollen, hier im Ausschuss noch mal hören, wie die

Rechtslage genau ist, und dann daran weiterarbeiten zu können, damit dieses Ziel, das wir alle gemeinsam verfolgen, rechtssicher und haushaltssicher umgesetzt werden kann.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Dann gehen wir direkt zur Anhörung über. – Frau Jeglinski! Sie haben fünf Minuten Zeit. Dann gibt es eine Fragerunde und dann noch mal die Möglichkeit zu antworten. Bitte, Sie haben das Wort!

Anne Jeglinski (Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V.): Herzlichen Dank! – Ganz herzlichen Dank auch für die Einladung! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Staatssekretärin und Bevollmächtigte! Ich berichte heute aus der Praxis. Die Praxis ist ja manchmal anders als das, was schon möglich ist. Das, was ich berichte, beruht auf den Rückmeldungen unserer Mitgliedsorganisationen. Das sind 830 Organisationen und Initiativen in dieser Stadt. Wir danken zunächst, dass dieser Punkt aufgenommen worden ist. Das ist auch ein Punkt, den wir als politische Forderung schon seit geraumer Zeit haben.

Welche Erfahrungen haben wir hinsichtlich der Mehrfachnutzung? – Insgesamt ist es tatsächlich immer noch die Ausnahme. Ein sogenanntes Paradebeispiel ist: Morgens Kita, nachmittags Kita, abends Seniorinnen. Das gibt es immer noch so gut wie gar nicht. Auch Schulen sind insgesamt schwierig zu erreichen. Die Unterstützung der Bezirke ist hier nicht wirklich vorhanden. Das erklärt sich möglicherweise daraus, dass hier das Thema noch nicht vollständig verortet ist. Es gibt keine Ansprechpersonen und auch keine Klarheit darüber. Das soll keine Anklage sein, sondern ist erst mal eine Rückmeldung, wie die Struktur derzeit ist. Es gibt einzelne Beispiele von Nutzungen zum Beispiel von Schulen, Kitas oder auch kommunalen Treffpunkten oder Turnhallen. Warum gibt es die? – Da ist die Rückmeldung, die ich bekommen habe, die, dass es immer dann möglich ist, wenn nicht besonders viel Mehraufwand anfällt oder nicht besonders viel Geld zusätzlich gezahlt werden muss oder/und schon persönliche Kontakte bestehen, also eine Vertrauensbasis vorhanden ist. Die Anmietung landeseigener Räume ist im Moment oft nur zu Preisen möglich, die für die Zivilgesellschaft – insbesondere sprechen wir heute über Initiativen und Projekte im Bereich des Engagements – nicht bezahlbar sind. Das heißt, die Regelungen, die es gibt, sind insofern noch mal zu betrachten, als dass es in der Realität auch finanzierbar sein muss.

Was sind die Hauptherausforderungen? – Aus unserer Sicht fehlen Schnittstellen oder sogenannte Kümmerer in den Bezirken, also jemand, der dafür verantwortlich ist, und damit ein Punkt, der vorher stattfinden müsste, nämlich auch der Wille, dieses Problem gemeinsam anzugehen und anzuerkennen – was eben auch schon angeklungen ist –, dass es kein Problem der Organisationen oder Initiativen ist, dass es keine Räume gibt, sondern dieses Problem auf einer strukturellen Ebene besteht, und gemeinsam anzuerkennen, dass wir in einer Stadt leben, wo Raumnutzung sehr schwierig ist, es sehr wenige Räume gibt und diejenigen, die es gibt, teuer und umworben sind. Deswegen finde ich es gut, dass wir uns des Themas heute annehmen. Rahmenbedingungen müssen geklärt werden, ganz konkrete Dinge: Schlüsselübergaben, Haftung im Schadensfall, Sicherheit der Orte, juristische Sicherheit der Hauseigentümer, Versicherungsschutz zum Beispiel für ehrenamtliche Initiativen. Das kann man alles klären, und das sind Punkte, die ich hier noch einmal aufgelistet habe. Wichtig ist auch ein weiterer Punkt: Die Öffnungszeiten, die es gibt, spiegeln oft nicht den Bedarf wider, den es gibt. Dieser besteht oft – das erklärt sich aus dem Engagement – am Nachmittag bzw. abends. Das sind zum Beispiel an Schulen oder Kitas nicht die – in Anführungszeichen –

normalen Öffnungszeiten oder die Zeiten, wo Hausmeister zur Verfügung stehen. Das ist ein konkretes, praktisches Problem, das wir uns angucken müssen.

Was könnte an Unterstützung jetzt von Ihrer Seite geleistet werden, oder was braucht es insgesamt aus unserer Sicht, um landeseigene Räume für das Ehrenamt nutzbar zu machen? – Wünschenswert ist aus unserer Sicht, Pilotprojekte zum Thema digitale Raumbörse oder Buchungssysteme zu initiieren, wo freie Räume zur Verfügung stehen und aufgeführt werden – das kann die Schulaula, die Turnhalle oder ein kleinerer Raum für eine kleinere Sitzung sein –, und eine Raumübersicht zu erstellen, wo sich dann Vereine und Initiativen registrieren – ich mache es ganz konkret – und nach Orten suchen können und quasi ein Matching stattfinden kann. Das ist jetzt natürlich in einer idealen Welt.

Die Rahmenbedingungen sind hier zu klären, die ich vorhin erwähnt habe. Es muss definiert werden, wer überhaupt was entscheidet. Also wer entscheidet darüber, wer Räume anmieten und nutzen kann? Hier müssten Kriterien erarbeitet werden, und es muss sichergestellt werden, dass diese auch von jemandem angeschaut werden. Es gibt sehr viele Initiativen, und natürlich gibt es viele eingetragene Vereine, die gleichermaßen profitieren sollten. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass gerade auch die Initiativen Raum bekommen. Allerdings ist die Landschaft sehr divers, wie wir alle wissen. Also wäre es da notwendig, sich festzulegen, welche Art von Ehrenamtsinitiativen wir damit ansprechen wollen.

Die Verantwortlichkeiten müssten geklärt werden. Wer trägt formal die Verantwortung, wer ist ansprechbar bei Problemen und Konflikten, die auftreten können? Das heißt, es würde nicht reichen, nur eine Struktur zu finanzieren, sondern diese müsste auch nachgehalten werden. Daraus erklärt sich, dass das Geld kostet. Das ist Ihnen selber auch klar. Es gibt Beispiele wie in der Stadt München, wo es eine Plattform gibt – das kann ich gern nachreichen –, auf der Veranstaltungsräume gelistet sind. Also es gibt durchaus etwas, auf dem wir gemeinsam aufbauen könnten. Ich möchte an dieser Stelle gern auch unsere Unterstützung als Wohlfahrtsverband anbieten, mit unseren Mitgliedsorganisationen da Expertise einzubringen und an Pilotprojekten zu arbeiten. Aus unserer Sicht ist das eine langfristige Sache. Lassen Sie uns gemeinsam schauen, wie eine Nutzung möglich oder verbessert werden kann! – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Jeglinski! – Herr Ottenberg, können Sie mich verstehen?

Peter Ottenberg: Ja, ich verstehe Sie gut.

Vorsitzende Derya Çağlar: Perfekt! Wir verstehen Sie auch gut. Dann haben Sie hiermit das Wort.

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Guten Tag! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es hat im Vorfeld einige technische Probleme gegeben.

Elke Breitenbach (LINKE): Kann Herr Ottenberg lauter sprechen?

Vorsitzende Derya Çağlar: Ich verstehe Sie gut, aber hinten kommt Ihre Stimme nicht sehr gut an. Ein bisschen lauter!

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Ich spreche schon ziemlich laut. Das muss die Technik dann hochzoomen. Ich kann es nicht ändern. Also wir hatten einige technische Probleme, die dazu geführt haben, dass ich mich zwar jetzt sehen kann, aber Sie mich nicht sehen können. Das tut mir sehr leid.

Vorsitzende Derya Çağlar: Doch, wir sehen Sie! Keine Sorge!

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Okay, umso besser! – Ich möchte gern drei Kurzbotschaften vermitteln, die das Thema noch mal zusammenfassen. Erstens [Tonausfall]

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Ottenberg! Falls Sie mich verstehen: Vielleicht machen Sie die Kamera aus.

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: [Tonausfall] ... in welcher Bewirtschaftung die jeweilige Einrichtung, die jeweilige Liegenschaft steht, in der Bewirtschaftung der Hauptverwaltung oder in einer der Bezirksverwaltungen. Darauf will ich mich im Zweiten konzentrieren.

Die Raumvergabe und auch die Frage, die im Zusammenhang mit der Erhebung von Entgelten dafür steht, ist eine Bezirksaufgabe. Deswegen ist die AllARaum, die auch in der Engagementstrategie angesprochen wird, ausgelaufen und nicht durch eine Neufassung ersetzt worden. Der Senat von Berlin darf in dieser Materie, jedenfalls mit dieser Tiefenschärfe, wie es bisher, bis 2007, der Fall war [Tonausfall]

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Ottenberg! Wir ziehen jetzt doch die Pause vor, damit die technische Störung behoben werden kann und wir Ihren Vortrag in einem Stück hören können. Ist das okay? – [Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Von mir aus ja!] – Dann sehen wir uns um 11.10 Uhr hier wieder, und ich hoffe, bis dahin hat die Veranstaltungstechnik so super gezaubert, dass alles klappt.

[Lüftungspause von 10.54 Uhr bis 11.15 Uhr]

Vorsitzende Derya Çağlar: Wir machen nach unserer Sitzungsunterbrechung jetzt weiter, und ich hoffe, dass es mit der Leitung von Herrn Ottenberg jetzt besser ist. Können wir Sie hören, Herr Ottenberg? Können Sie kurz „hallo“ sagen?

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Ja, ich verstehe Sie!

Vorsitzende Derya Çağlar: Wir verstehen Sie auch sehr gut. Dann auf ein Neues. Herr Ottenberg! Sie haben das Wort. Schießen Sie los.

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Es sind wirklich verschärfte Bedingungen. Es macht einen ein bisschen nervös. Dafür will ich schon mal um Verständnis bitten.

Ich will mit meiner ersten Kurzbotschaft wenigstens kurz wiederholen: Die Trägerschaft der Einrichtungen bestimmt die Steuerungsoptionen. Das heißt so viel wie: Liegt die Einrichtung im Bezirk und wird vom Bezirk verwaltet, dann ist auch die Vergabe der Räumlichkeiten und die Frage des Entgelts eine Angelegenheit der Bezirke, und die darf nicht durch eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift gesteuert werden, wie es durch die AllARaum in der Vergangenheit gewesen ist, jedenfalls nicht in dieser Tiefenschärfe. Deswegen ist diese AllARaum 2007 ausgelaufen und nicht verlängert oder in einer anderen Form erneut erlassen worden. Insoweit ist die Aussage in der Engagementstrategie wenig aktuell.

Die zweite Kurzbotschaft ist: Sie hat aber trotzdem eine gewisse Bedeutung, weil die Bezirke, soweit ich das mitbekommen habe, im Wesentlichen an den einzelnen Regelungen der AllARaum anknüpfen, indem sie durch Bezirksamtsbeschlüsse in den einzelnen Bezirken selbstständige Regelungen getroffen haben, wie es sich mit der Vergabe von Räumlichkeiten an Dritte und der damit zusammenhängenden Frage der Entgelterhebung verhält. Allerdings müssen sich die Bezirke an Gesetz und Verwaltungsvorschriften halten, in dem Falle an das Gesetz, nämlich an die Landeshaushaltsordnung. Die zweite Botschaft ist also: Es gibt im Haushaltsrecht keine generelle Entgeltfreiheit für die Überlassung von Räumen. Das ist auch im Prinzip richtig, weil es gar nicht einzusehen ist, dass die öffentliche Hand in Einrichtungen investiert, sie finanziert oder errichtet und sie dann aber entgeltfrei an Dritte weitergibt. Es müsste überlegt werden, ob man als Abgeordnetenhaus vielleicht an der Stelle ansetzt. Das bezieht sich jetzt auf die Bezirke.

In Bezug auf die Raumvergabe von eigenen Einrichtungen, Liegenschaften und Örtlichkeiten, die von der Hauptverwaltung bewirtschaftet werden, sieht es insoweit anders aus, als da durchaus in der einzelnen Senatsverwaltung, gegebenenfalls auch für ihre nachgeordneten Behörden, durch eine Verwaltungsvorschrift Regelungen getroffen werden können, wie die Vergabe gehandhabt werden soll. Allerdings glaube ich, dass die Nutzerinnen und Nutzer, die Initiativen, die Vereine, die Träger, die Körperschaften, die Engagierten vor Ort vor allen Dingen die Einrichtungen der Bezirke nutzen wollen, weil die üblicherweise geeigneter und in der Nähe sind als solche Einrichtungen, die von der Hauptverwaltung betrieben werden. Aber die Frage müssten Sie selbst vielleicht auch noch mal überlegen.

Die dritte Botschaft ist: Es gibt, wie ich gesagt habe, über die Landesebene keine Möglichkeit, über eine Verwaltungsvorschrift spezielle Vorgaben für die Bezirke zu machen, so, wie es bis 2007 mit der AllARaum gewesen ist. Allerdings ist es möglich, eine Rahmenregelung in der Landeshaushaltsordnung zu initiieren, die angemessene Vor-Ort-Entscheidungen im

Sinne der Engagementstrategie ermöglichen. Das bedeutet aber, dass die Steuerungsfunktion nur in einem sehr allgemeinen Maße über die Landesebene erfolgen kann, während die konkreten Entscheidungen – das knüpft an die Erfahrung an, die Frau Jeglinski geschildert hat – der vielen Einrichtungen und Träger, die im Paritätischen organisiert sind, vor Ort getroffen werden müssen, und die sollten meines Erachtens auch weiterhin über die Bezirke getroffen werden, weil eine normative Regelung auf der Landesebene die Frage der bezirklichen Besonderheiten, auch die der Träger, überhaupt nicht so in den Blick nehmen kann, dass das allen gerecht wird. Deswegen müssen die Entscheidungen auf der Bezirksebene verbleiben. Wie gesagt, es ist möglich, über die Landeshaushaltsordnung eine Strategie zu fahren, die es den Leiterinnen und Leitern, die für die Bewirtschaftung, für den Haushalt zuständig sind, ermöglicht, im Einzelnen oder auch aufgrund generellerer Regelungen im Rahmen eines Bezirksamtsbeschlusses zu entscheiden, dass auf die Erhebung eines Entgelts verzichtet wird, aber es muss eine Entscheidung auf der Bezirksebene bleiben. Daran gibt es überhaupt nichts zu regeln.

Die zweite Unterstützungsmöglichkeit, die ich mir für den Ausschuss vorstellen könnte, wäre, und das knüpft auch an das an, was Frau Jeglinski gesagt hat, wie die konkreten Erfahrungen vor Ort sind: Wie funktioniert denn überhaupt die Raumvergabe? – Die funktioniert vor allen Dingen dann, wenn genügend Netzwerkarbeit existiert, die von den Trägern gegenüber den Betreibern der jeweiligen Einrichtung und den Verantwortlichen aufgenommen, wird. Es müssen also persönliche Kontakte vorhanden sein, weil es ansonsten in der Verwaltung im Bezirk zwar eine formale Zuständigkeit gibt, aber die arbeiten nicht proaktiv. Die werden immer nur darauf warten, dass es einen Raumnutzungsantrag gibt, und den gibt es natürlich nur, wenn sich die Träger vorher eine einzelnen Einrichtungen angeschaut haben. Deswegen plädiere ich dafür, dass sich Ihr Ausschuss neben der Frage der Setzung von Normen die Frage stellt, wie politisch auf die Bezirke Einfluss genommen werden kann, damit das Thema als Ganzes insgesamt mehr in den Blick gerät. In dem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass es auch eine Bezirksverordnetenversammlung in den jeweiligen zwölf Bezirken gibt, die Möglichkeiten hat, sich die Bezirksamtsbeschlüsse genauer anzugucken, auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls Ausformungen zu konkretisieren, um die Raumnutzung für bestimmte Gruppen in bestimmten spezifischen Einrichtungen – es wurde von Schulen und Kitas gesprochen – stärker zu fördern und zu unterstützen, und im Zweifelsfall hat die BVV über ihre Beschluss- und Entscheidungsrechten die Möglichkeit, das Bezirksamt dazu zu bringen, dass das passiert, was die BVV gerne möchte. – Das waren im Kurzen meine drei Botschaften, die die schriftliche Stellungnahme ergänzen. Jetzt stehe ich Ihnen für Fragen sehr gern zur Verfügung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank, Herr Ottenberg! – Es hat diesmal super geklappt. Wir haben Sie sehr gut verstanden. – Ich habe schon Wortmeldungen, und zwar hatte sich Herr Freymark schon vor der Pause gemeldet.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlichen Dank, Frau Jeglinski und Herr Ottenberg! Das war ganz informativ, auch dass Sie dargestellt haben, in welcher Gemengelage wir gegenwärtig unterwegs sind. Ich kann das auch berichten. Ich hatte in der letzten Wahlperiode zum Beispiel die ehrenvolle Aufgabe, beim Landesausschuss „Jugend musiziert“ mitzuwirken. Der trifft sich immer hier im Abgeordnetenhaus, das geht organisatorisch noch irgendwie, aber wenn es darum ging „Jugend musiziert“ durchzuführen, wurde es immer schwieriger. Das ist etwas, das mit der Realität, wie ich die Diskussion beim vorheri-

gen Tagessordnungspunkt vernommen hatte, nicht mehr so viel zu tun hat. Unser Anspruch ist es offensichtlich, bürgerschaftliches Engagement zu stärken, Frau Staatssekretärin hat es auch noch mal deutlich gemacht, und deswegen wäre mein Wunsch für die Diskussion, dass es uns gelingt, wirklich mal die Lösungsszenarien herauszuarbeiten.

Herr Ottenberg hat angesprochen, man müsste es in den zwölf Bezirken detaillierter machen. Das ist eine Botschaft, die man erst mal mitnehmen kann, aber vielleicht sollte es unser gemeinsames Ziel sein, als Land gemeinsam mit den Bezirken ein Verfahren zu entwickeln, das funktioniert. Ich weiß, dass einige Schulen oder andere Träger, öffentliche Einrichtungen mal da oder da eine Ausnahme gemacht oder eine Möglichkeit gefunden haben – da war der Stadtrat auf einmal der Schirmherr o. Ä. –, aber es muss eine grundsätzliche Lösung geben, und das muss das Ziel sein.

Vielleicht kann der Auftakt für so etwas der Beitrag von Frau Jeglinski sein, die sagte, digitale Buchungssysteme wären zum Beispiel eine Innovation oder etwas Neues. Das kennen wir schon aus dem Sport. Wir wissen, wie schwierig die Kapazitäten von Sporthallen, aber auch Sportplätzen sind. Es gibt Freizeitmannschaften, die nicht so stark organisiert sind, wo ich immer gesagt habe: Mensch, es wäre doch toll, wenn die in einem digitalen Buchungssystem einen registrierter User, Nutzer, sind, bei dem eine rechtliche Handhabe möglich wäre und der sich dann digital in so einem System einbucht. Vielleicht kann dieser digitale Sprung Grundlage dafür sein, dass wir neue Vereinbarungen mit den Bezirken treffen, die Bezirke da vielleicht eine andere Offenheit haben, denn wir müssen uns auch ehrlich machen: Es war auch immer eine politische Debatte, ob man zum Beispiel Parteien in Schulen haben will, und wenn ja, welche. Diese Diskussionen hatten wir in den Medien und hier im Parlament. Andere haben keine Räume gefunden. Manche konnten ihre Parteitage nicht durchführen. Ich will das jetzt nicht zum Hauptgewicht machen, aber es muss ein Thema bleiben, dass gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Wir haben öffentliche Kapazitäten, und der Flächenkonkurrenzkampf wird immer größer. Ich habe bei mir in Lichtenberg das Rockhaus, wo die Leute jede Woche Angst haben, dass sie rausmüssen oder die Miete nicht mehr bezahlen können. Ich habe mich vor zwei Wochen mit den Anonymen Alkoholikern aus meinem Wahlkreis unterhalten. Die fliegen aus ihrer Immobilie raus und erhoffen sich von mir eine Lösung. Auch wenn einige vielleicht weniger Lust auf Bürgerbüros von Abgeordneten haben: Ich habe mittlerweile alle zwei Wochen irgend eine Initiative bei mir drinsitzen. Ich mache das gern, weiß aber, dass die immer ein bisschen davor zurückschrecken. Natürlich kann es eine Option sein, unsere Bürgerbüros stärker zu nutzen, aber dass wir da schon angekommen sind, verdeutlicht den Bedarf, den wir mittlerweile haben. Deswegen wäre meine Wunsch für die Debatte, dass es uns wirklich gelingt, das sehr lösungsorientiert zu betrachten und gar nicht so viel Zeit verstreichen zu lassen. Das werden wir als CDU-Fraktion so konstruktiv wie möglich, aber so kritisch wie notwendig unterstützen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank auch von mir an Frau Jeglinski und Herrn Ottenberg! Das waren zwei wichtige Schilderungen aus der Praxis. Frau Jeglinski! Ich möchte bei Ihnen anfangen und fragen, welche öffentlichen Gebäude vor allen Dingen nachgefragt sind, soweit Sie das beurteilen können. Sie haben beim Paritätler vor allem die sozialen Träger im Blick, aber es gibt genauso Sportvereine, Bürgervereine und andere, die in die Räumlichkeiten hineinwollen. Als Sportpolitiker kann ich sagen, dass gerade die Vergabe der Hallenzeiten die

Quadratur des Kreises ist, weil beim Ganztagsbetrieb an Schulen auch die Turnhallen länger genutzt werden, teilweise bis in den Nachmittag hinein, auch wenn die ersten Vereine gern schon ab 14 Uhr Hallenzeiten hätten. Das ist verständlich und nachvollziehbar, aber in der Praxis bei den zur Verfügung stehenden Hallen- oder Trainingszeiten auf den Sportplätzen – die Kollegin Wolff kennt das auch aus unserem Heimatbezirk Treptow-Köpenick – ist das mitunter die Quadratur des Kreises. Es gibt wesentlich mehr Nachfrage als zur Verfügung stehende Fläche, und das ist nicht nur die Frage der Verfügbarkeit von Hausmeistern. Da wäre die Frage, Stichwort Digitalisierung, wenn es darum geht, dass der Hausmeister um 22 Uhr keinen Schlüssel mehr in Empfang nehmen will, ob man nicht heute im digitalen Zeitalter Türöffnungssysteme installieren kann, die mit Codes gesteuert werden. Man kann denjenigen einen Pincode geben, der alle vier Wochen gewechselt wird, und nur die Verantwortlichen haben diesen Code. Dann kommen auch keine Unbefugten in die Räume hinein. Möglicherweise ist das mehr als eine Möglichkeit, keine Ahnung, aber wir können die Raumvergabe nicht immer weiter einschränken, weil Leute nicht zur Verfügung stehen, die die Schlüssel holen oder im Rahmen ihrer Arbeitszeit das nicht leisten können. Das wäre eine Frage.

Zu weiteren Dienstgebäuden des Landes Berlin, neben den Schulen und Sporthallen: Was haben wir an Dienstgebäuden in den Bezirken? In der Regel die Rathäuser oder die Gebäude, in denen die Verwaltung untergebracht ist, und auf Landesebene die Senatsverwaltungen. So schrecklich viele Dienstgebäude haben wir gar nicht mehr in Berlin. Das haben wir sehr komprimiert und entsprechend zurückgefahren. Geht es darum, die Ratssäle in den Bezirken nutzen zu können? Dafür gibt es nach meiner Kenntnis aber eigentlich in den Bezirken relativ großzügige Handhabungen, diese für Veranstaltungen, gerade für nichtkommerzielle Zwecke, nutzen zu können, und für kommerzielle Zwecke kann man sie sogar anmieten, Stichwort Parteitage. Das ist etwas, was zumindest in einigen Bezirken möglich ist, dass sie zu entsprechenden Werten genutzt werden können. Also die Frage: Um welche öffentlichen Gebäude geht es?

Es geht also um die Frage, um welche öffentlichen Gebäude es geht. Stichwort Abgeordnetenhaus, Kollege Freymark. Ich bin ja Mitglied des Präsidiums, wir beschließen die Raumvergaben auch für Externe. Natürlich wäre „Jugend musiziert“ ein schönes Thema, von dem man sagt, dass es von öffentlichem Interesse ist. Man kann das machen. Es ist natürlich immer der Spagat zwischen der Wahrung der Würde des Hauses, der Tatsache, die Initiative hier haben zu wollen, weil wir es ausgewogen und neutral haben müssen und wollen, und der berechtigten Nachfrage von solchen Initiativen. „Jugend debattiert“ ist auch regelmäßig hier zu Gast. Es gibt ja wirklich vernünftige und sehr ausgewogen und überparteilich agierende Initiativen, die Räumlichkeiten bekommen sollen. Vielleicht muss man das noch mal nachschärfen und ein bisschen öffnen. Prinzipiell sollte das aber möglich sein. Wir haben ja hier genug Räume, und auch der Plenarsaal darf natürlich für solche Zwecke wie „Jugend musiziert“ genutzt werden. Das ist ja kein negativer Aspekt.

Bei Herrn Ottenberg will ich die Gelegenheit nutzen, mich bei ihm zu bedanken. Er hat über Jahrzehnte die BVVen sehr kenntnisreich beraten. Ich weiß aus meiner Zeit als Bezirksverordneter in Treptow-Köpenick, dass natürlich sehr oft der Büroleiter Holger Liebe immer gesagt hat: Herr Ottenberg hat mir Folgendes mitgeteilt. – Das war über den Rat der Vorsteher immer auch eine juristische Instanz. Insofern herzlichen Dank! Sie haben viele Fälle von kommunalen Stolpersteinen immer wieder aufgegriffen, abgewogen, juristisch kommentiert und versucht, rechtssichere Hinweise zu geben, wie man in den zwölf Bezirken damit umgeht. Das war, glaube ich, sehr wertvoll. Wenn Sie das jetzt im Ruhestand weiter machen, ist das sehr wertvoll. Ich will Sie gerne animieren und ermuntern, sich auch weiter öffentlich zu Wort zu melden, zu kommentieren und zu veröffentlichen.

Sie hatten auf dieses Thema mit der Entgeltspflicht und der ausgelaufenen AllARaum hingewiesen, Herr Ottenberg. Wir hatten in den Bezirken das Problem, was sich daraus ergab und was auch der Landesrechnungshof moniert hatte, dass gerade die Überlassung von Räumlichkeiten an freie Träger dann nicht mehr möglich war bzw. zu Konditionen möglich werden sollte, die nicht mehr tragbar waren. Ich will diese ganze Thematik von Kultureinrichtungen auch in meinem Heimatbezirk Treptow-Köpenick nehmen – die Kollegin Ana-Maria Trăsnea kennt das als damalige Bezirksverordnete auch sehr gut –, Müggelheimer Heimatverein, Ratzfatz, Niederschöneweide, Kulturküche in Bohnsdorf. Das war oftmals eine Situation, wo die Bezirksämter dann noch entsprechend Nutzungsverträge hatten, die mehr oder weniger auf Betriebskostenbasis geschlossen waren, die dann in Mietverträge umgewandelt werden sollten, wo die Träger, die in den Ortsteilen, z. B. in Müggelheim, das Kulturleben aufrechterhielten. Das Gebäude gehörte zwar dem Bezirk, aber der Müggelheimer Heimatverein hat quasi alleine die Veranstaltungen organisiert, das Gebäude bewirtschaftet und auch die entsprechende Instandhaltung getragen. Er sollte dann auf einmal mit einer mehr oder weniger untragbaren Mietforderung konfrontiert werden, sollte Kauttionen hinterlegen und Ähnliches mehr. Das war natürlich eine lange Diskussion, die die Bezirksverordnetenversammlung hatte, wo immer wieder auf den Landesrechnungshof verwiesen wurde. Daher auch die Frage: Ist das mittlerweile in irgendeiner Form geklärt oder lösbar? – Denn ich sehe es nicht als praktikabel an, dass Vereine, die ein ehrenamtliches Engagement haben, auch noch Kauttionen und Ähnliches hinterlegen. Wie sollen sie die aufbringen, wenn sie ein paar Tausend Euro einzahlen sollen? – In der Regel ist dieses ehrenamtliche Engagement ja die einzige Möglichkeit in den Ortsteilen, um das kulturelle Angebot überhaupt aufrechtzuerhalten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön! Wenn ich das richtig verstanden habe, ist es in diesem Bereich wie immer in Berlin: Jeder Bezirk macht, was er will, und alle machen unterschiedlich. – Herr Ottenberg hatte in seiner Stellungnahme geschrieben, man müsste mal eine Bestandsaufnahme machen, was er natürlich im Rahmen der Stellungnahme nicht machen kann. Aber, Herr Ottenberg, ich frage Sie trotzdem noch mal: Haben Sie einen leichten Überblick, ob die Bezirke unterschiedliche Regelungen haben bzw. ob sie alle ganz unterschiedlich handeln? – Denn die Berichte gehen von „es ist überhaupt gar kein Problem, bei uns kriegen alle Leute irgendwelche Räumlichkeiten“ bis „es geht überhaupt gar nichts mehr“, über die gesamte Spannweite. Das war noch mal der Punkt, um zu überlegen, welche Lösung man findet. Theoretisch können wir immer sagen: Man muss mit den Bezirken reden. Wenn man an einem Strang zieht, kommt man zu dem gleichen Handeln. – Meine Erfahrungen sind da allerdings andere. Von daher würde ich natürlich nach einer Lösung suchen, die dazu führt, dass alle Bezirke die gleichen Bedingungen anwenden und dafür sorgen, dass entsprechende Initiativen, die sich ehrenamtlich engagieren, Räumlichkeiten nutzen können.

Jetzt war das tatsächlich insofern etwas ernüchternd, Herr Ottenberg. Das ist aber nicht Ihre Schuld, sondern das sind die Zuständigkeiten, die in Berlin geregelt sind. Wir werden es einfach nicht hinkriegen. Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen. Wir können nicht anweisen und sagen: Ihr müsst es so oder so machen. – Das wird nicht funktionieren.

Insofern würden wir vermutlich tatsächlich auf ein Modellprojekt zurückgreifen müssen. Aber dazu frage ich noch mal Frau Jeglinski: Warum schlagen Sie uns eigentlich ein Modellprojekt vor? – Vielleicht auch noch mal an Herrn Ottenberg, weil Sie das, glaube ich, auch nicht so eine schlechte Idee fanden: Was sollte das Ergebnis sein, damit wir wissen, dass es funktioniert, wir ein gutes Beispiel geben und andere Bezirke draufspringen? – Ich wäre gespannt, ob das dann so funktioniert.

Das Thema Schulen ist schon seit Jahrzehnten ein Thema. Es treibt einem die Tränen in die Augen. Es sind Räumlichkeiten, die die meiste Zeit des Tages leer stehen. Mal abgesehen davon, dass man sie nutzen könnte, um das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen, könnte man sie auch noch für viel mehr Sachen nutzen, wenn man sich beispielsweise Berufsschulen anguckt, was die für eine Ausstattung haben. Wir hängen dabei irgendwie immer an dem Punkt, Herr Ottenberg, wenn ich mich recht erinnere – vielleicht haben Sie dazu auch noch eine Idee –, dass die Öffnungszeiten – Frau Jeglinski hat es gesagt – so sind, wie sie sind und der Hausmeister entsprechende Arbeitszeiten hat. Das lobe und preise ich, dass der Hausmeister entsprechende Arbeitszeiten hat und dass die tariflich festgelegt sind, aber in anderen Bereichen findet man da auch Lösungen. Herr Ottenberg, scheitert es eigentlich tatsächlich daran, oder gibt es noch weitere Gründe? – Vielleicht können Sie mir da noch mal weiterhelfen.

Dann kommen wir zu einem Punkt, den Sie, Herr Ottenberg, glaube ich, in Ihrer Stellungnahme angesprochen haben, ich bin mir aber nicht mehr sicher. Wir haben also Vereine, wir haben Initiativen, die unter dem Dach irgendwelcher Wohlfahrtsverbände, Sozialverbände u. Ä. sind, und wir kennen seit einigen Jahren und zunehmend mehr die Situation, dass Geflüchtete kommen, dass Bezirk XY hilft, man sich zusammenfindet, in einen Raum möchte. Es sind schlicht und ergreifend Menschen, die sich zusammengefunden haben, weil sie Geflüchteten oder ihren Nachbarinnen und Nachbarn während Corona helfen wollen. Man hat

eine bunte Zusammensetzung von Personen, die morgen wieder auseinanderlaufen. Könnte es an dieser Stelle rechtliche Probleme geben, weil zum Beispiel Herr Förster das macht und dann für alles haftet, was da passiert? Oder könnte man dafür irgendwelche Regelungen finden? – An ganz vielen Stellen wirft diese Art der Zusammenarbeit, die selbst organisiert wird, viele Fragen auf und ergibt ganz neue Herausforderungen an ganz vielen Punkten.

Noch mal zu dieser Entgeltfreiheit: Ich habe nie verstanden, wie es dazu kam. Irgendjemand hat eben gesagt, es war der Rechnungshof, der gesagt hat: Ihr müsst aber Entgelte nehmen. – Eigentlich ist das aber jetzt schon kein Problem, denn ich als Bezirk kann jetzt schon sagen, dass diese Initiative mit ihrer Arbeit für meinen Bezirk extrem wichtig ist und ich ihr deshalb den Raum gebe und sie nichts dafür zahlen muss. Oder gibt es da eine Auseinandersetzung mit der Finanzverwaltung oder dem Rechnungshof? – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Dr. Kahlefeld!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich glaube, es wird immer unübersichtlicher. Als ich meine Frage formulieren wollte, hatte ich die hier relativ klar; mittlerweile wird das immer komplizierter. Ich versuche mal, mich an dem Ursprünglichen entlang zu hangeln. Lassen wir mal die Hausmeister und die Schlüsselübergabe beiseite. Das ist etwas, was wir auch bei der Erarbeitung der Engagementstrategie in die Länge und Breite diskutiert haben. Es war uns bewusst, dass wir dafür Lösungen finden müssen, auch für die Reinigung der Räume usw. Das hat aber mit dem Problem, über das wir hier sprechen, nämlich die entgeltfreie Überlassung von Räumen, erst mal nichts zu tun. So habe ich das verstanden. Denn daran scheitert es ja schon oft. Dann braucht man über die Hausmeister und die Reinigung gar nicht mehr sprechen.

Habe ich das richtig verstanden, dass die Bezirke, die den Vereinen und Initiativen, z. B. einer Initiative, die sich um Geflüchtete kümmert oder jetzt in der Coronazeit Nachbarinnen und Nachbarn unterstützen möchte, Räume in Kitas und Schulen, also in ihren eigenen Räumlichkeiten, zur Verfügung stellen möchten, zunächst eine Modifikation der Landeshaushaltsordnung aus dem Abgeordnetenhaus brauchen, um die Beinfreiheit zu haben? – So habe ich Ihr Papier verstanden; das ist die Nr. 4 „Perspektiven“ unter Punkt 2. Sie schreiben da, der Gesetzgeber könnte durch eine Modifikation der Landeshaushaltsordnung eine entgeltfreie Nutzung ermöglichen usw. Wir wissen, dass es bisher eine entgeltfreie Nutzung nur für freie Träger der Jugendhilfe und den Sport gibt. Das ist das, was die Bezirke machen. Wir kriegen in den BVVen die Listen vorgelegt, welchen Einrichtungen aus der Jugendhilfe und dem Sport unsere jeweiligen Bezirke Räume entgeltfrei überlassen. Anderen Vereinen ist das bisher nicht möglich. Habe ich das richtig verstanden, dass wir im Abgeordnetenhaus tatsächlich tätig werden müssten? – Wir müssten dann aber – Sie haben auch das Problem skizziert, das damit verbunden wäre – im Nachgang sehen, dass wir der Exekutive, in deren Hand es dann liegt, Räume zu vergeben, auf der Bezirksebene mit der Entwicklung von Kriterien usw. zu arbeiten. Das entwickeln Sie dann in Punkt 4.4. Ist eine Modifikation der Landeshaushaltsordnung mit nachfolgendem Regelungsbedarf erforderlich?

Ich möchte noch mal klarstellen, dass es uns allen hier darum geht, nicht einmalig Räume für große Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen – der Kollege Förster hatte angesprochen, dass so etwas, glaube ich, immer geht –, sondern es geht tatsächlich um die von Frau Breitenbach angesprochenen Initiativen. Das können auch Selbsthilfegruppen sein, also die, die wirk-

lich Raumnot haben, die sich regelmäßig und länger treffen wollen, oft ein paar Monate oder Jahre. Da ist es schwierig, und da geht es nicht. Das war auch das, was wir in der Engagementstrategie diskutiert haben, dieses Längerfristige. Da haben wir tatsächlich Schwierigkeiten.

Zu meiner zweiten Frage: Es gibt in vielen Bezirken Nachbarschaftsheime. Da funktioniert es, grob gesprochen, indem es einen Träger gibt, der die Kosten trägt und die Verantwortung übernimmt. Dann können die Räume unentgeltlich von Initiativen genutzt werden. Ich bekomme immer wieder Anfragen von kleinen Vereinen, die keine eigenen Räume haben. Die kann ich dann zum Nachbarschaftsheim schicken, und dort wird geguckt, ob man Räume frei hat, ob jemand mit dem Schlüssel da ist. Dann funktioniert das ganz gut. Da ist dann auch die persönliche Beziehung da. Man guckt sich gegenseitig an und guckt: Wollen wir die hier in unserem Nachbi haben? – Dann können sie sich da treffen. Das sind kleine MSOs, kleine Initiativen. Wäre es möglich, Schulen und Kitas über solche Rahmenverträge, wie Nachbi zum Beispiel, mit in den Pool aufzunehmen? – Dann bräuchten wir vielleicht nicht unbedingt eine Modifikation der Landeshaushaltsordnung.

Zum dritten Punkt, den ich mir aufgeschrieben habe: Ich hätte den dringenden Wunsch an die Senatsverwaltung, die über sehr viel mehr Kapazitäten als wir Abgeordneten verfügt, uns im Rahmen der Umsetzung der Engagementstrategie diese rechtlichen Fragen noch mal aufzuarbeiten und zu gucken, welche Handlungsmöglichkeiten das Abgeordnetenhaus hat und welche Handlungsanforderungen bestehen, um diesen Punkt der Engagementstrategie, über den es ja eine ganz breite Einigkeit gab, wirklich umsetzbar zu machen; vor allen Dingen in Bezug auf die entgeltfreie Überlassung. So was wie mit den Hausmeistern und den Schlüsseln kriegen die Bezirke dann, glaube ich, irgendwie hin. Wenn es aber schon an der Landeshaushaltsordnung scheitert, dann kommen die Bezirke nicht mehr weiter.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Gläser!

Ronald Gläser (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Jeglinski und Herr Ottenberg! Das Thema Entgeltfreiheit, muss ich sagen, finde ich etwas unspektakulär. Wenn das so ist, dass ein Verein über Jahre hinweg immer wieder die gleichen Räume haben möchte, wird er auch in der Lage sein, Beiträge von den Mitgliedern einzufordern; die sind ja überschaubar. Deswegen sind öffentliche Räume ja so gefragt. Dann muss es jetzt nicht für umsonst sein. Man muss ja auch in der Lage sein, einen kleinen Obolus dafür zu entrichten. Wir sind für eine großzügige Vergabe von öffentlichen Räumen, das sage ich auch als jemand, der schon mal Parteitage organisieren durfte. Das klang hier auch schon an. Ich habe also eine lange Liste mit öffentlichen Räumen, die meine Partei schon mal beantragt und dann nicht bekommen hat. An landeseigenen Räumen in Berlin wären das die Messe Berlin, das Olympiastadion, WISTA Berlin, das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, der Flughafen Tempelhof, die Zitadelle Spandau, der Bärensaal im Alten Stadthaus und viele weitere, die mir jetzt spontan nicht eingefallen sind.

Es ging auch um bezirkseigene Immobilien. Wir hatten ja gerade von Frau Breitenbach schon die Frage gehört, ob die einen das so und die anderen das so machen. Das ist auch unser Eindruck. Im Falle des Rathauses Lichtenberg zum Beispiel ist es zufälligerweise so, dass immer, wenn wir anfragen, ob wir dort nicht einen Raum haben können, alle ausgebucht sind, was unmöglich ist. Das ist etwas schwierig. Insofern würden wir uns wünschen, dass eine mög-

lichst großzügige Vergabe von Räumen stattfindet. Unsere Forderung an den Senat ist klar: Organisationen dürfen nicht nach willkürlichen Kriterien abgelehnt werden. Eine Politik der Toleranz und der Gastfreundschaft ist für alle Berliner besser. Deswegen dürfen keine selektiven Hürden errichtet werden.

Die Vorschläge, die ich von den Anzuhörenden gehört habe, sowohl die stärkere Unterstützung der Bezirke von Herrn Ottenberg als auch die Forderung nach einer digitalen Raumbörse, so ein Münchener Modell, halte ich für sehr sinnvoll, auch das, was Kollege Förster zu so einem digitalen Schlüssel gesagt hat. Das wären Wege, um das noch zu erleichtern. Das würden wir unterstützen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Frau Wolff!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank auch erst mal von meiner Seite. Natürlich herzlichen Dank für Ihr Kommen heute und dass wir auch noch mal einen Eindruck über den Haushalt gewinnen konnten. Das, was jetzt notwendig ist und worüber wir reden müssen, ist eigentlich deutlich gemacht worden. Ich möchte bei den Räumlichkeiten nicht ganz vergessen, dass es auch Außenräumlichkeiten gibt. Es gibt nämlich auch draußen stattfindende nicht nur Veranstaltungen, sondern Dinge, die immer wieder von Nachbarschaftszentren oder von Initiativen gemacht werden. Auch da gibt es leider immer wieder Probleme durch die Beantragungen. Wir wissen alle, dass es eine Menge Arbeit kostet, diese Anträge zu stellen. Vielleicht ist das erst mal auch etwas, was wir mitberücksichtigen und nicht ganz vergessen sollten. Denn wir wissen natürlich, dass der Emissionsschutz und was nicht alles dazukommen. Wir kommen jetzt wieder in die Sommerphase. Wir wissen sogar, dass draußen Kultur wieder stattfindet und es Initiativen gibt, die sich da mitanschießen wollen. Vielleicht ist hier auf dem kurzen Wege an die Senatskanzlei mitzugeben, dass da vielleicht geholfen werden könnte. Denn das war etwas, was immer stark an mich herangetragen wurde, was natürlich aber noch mal ein Unterschied zu dem ist, was dieses spezielle Problem angeht für Initiativen, die es schon länger gibt und die nicht mehr in ihren Räumen sein können und neue suchen. Es ist, glaube ich, keine Frage, warum die AfD nicht überall zugelassen wurde. Ich glaube, das kann die AfD sich selber beantworten. – Insofern danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Wolff! – Dann wären wir bei der Beantwortung der Fragen. Frau Jeglinski, Herr Ottenberg, wer möchte anfangen?

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Ich lasse Frau Jeglinski gern den Vortritt!

Vorsitzende Derya Çağlar: Dann fängt sie jetzt auch an.

Anne Jeglinski (Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V.): Alles klar, ganz herzlichen Dank! – Herzlichen Dank für Ihre Fragen und die Diskussion, die aus meiner Sicht schon wirklich konstruktive Aspekte enthält. Das begrüßen wir einfach. Das werde ich auch so mitnehmen, nicht nur zu unseren Mitgliedern, sondern insgesamt in die Zivilgesellschaft. Ich gehe die Fragen einfach in der Reihe durch.

Lösungsszenarien herausarbeiten: Sie können sich vorstellen, dass wir das sehr begrüßen. Ich hatte vorhin schon gesagt, dass wir gern unsere Expertise anbieten. Ich maße mir an, da über

den Kreis des Paritätischen hinauszugehen, wo Einiges an Ideen schon zu finden ist, natürlich auch, was die Digitalisierung von Prozessen betrifft. Erlauben Sie mir an der Stelle die Bemerkung, dass das Geld kostet. Das hatte ich vorhin schon mal gesagt, und das muss mitgedacht werden.

Ich würde gerne mit einer Bemerkung zum Thema „soll das was kosten oder nicht“ einsteigen. Wir sprechen im Prinzip im Moment über eine entgeltfreie Nutzung oder eine Nutzung zu einem sehr geringen Entgelt. Das ist auch eine Form von Anerkennung, die für Initiativen sehr wertvoll sein kann, die sich ehrenamtlich engagieren. Das nur mal so als Gedanke, es muss nicht unbedingt immer etwas kosten. Natürlich kann man das so machen. Ich würde das sehr kritisch sehen. Das ist ja auch der Punkt, der hier angefragt wurde, Räume zu sehr niedrigen oder keinen Kosten nutzbar zu machen. Die Initiativen und Projekte haben ja keine Möglichkeiten, Rücklagen zu bilden. Das wissen Sie alle. Wenn wir über Initiativen sprechen, sind diese ja zum größten Teil rechtlich noch in keiner Form; natürlich vielleicht auch, weil sie das so möchten.

Warum sprechen wir eigentlich von Pilotprojekten? – Ich würde das gerne insofern aufgreifen, als dass ich den Appell an Sie richten würde, sowohl auf der normativen Ebene zu arbeiten, wie Herr Ottenberg das eben auch angedeutet hat – das kann ich nur unterstützen –, als auch Lösungen zu finden, die für alle Bezirke, wie im Leitfaden genannt, gelten könnten. Das wird eine Zeit dauern, und gleichzeitig drückt der Schuh. Da möchte ich auch Aspekte aus meinem Beitrag vorhin und von einigen von Ihnen aufgreifen. Aus meiner Sicht haben wir keine Zeit, jetzt noch drei, vier Jahre allein Leitfäden, die gleichzeitig für alle Bezirke gelten, auszuarbeiten. Wir müssen sie ausarbeiten, aber gleichzeitig sollten wir auch mit etwas starten, was einfach mal in die Gänge kommt. Der Frust aufseiten der Zivilgesellschaft – ich muss es Ihnen so sagen – ist relativ hoch.

Worum geht es eigentlich? – Es geht tatsächlich nicht so stark um Einzelveranstaltungen. Dafür werden Lösungen gefunden; das ist einfach so, vielleicht nicht für jede einzelne, aber für viele. Es geht um die hier schon viel diskutierten Mehrfachveranstaltungen, Gruppentreffen, Mitgliederversammlungen usw. in verschiedenen Größenordnungen. Ich würde auch sagen, dass der Druck so groß ist, dass aus meiner Sicht eine gewisse Mobilität nötig ist, auch wenn es gut ist, wenn es im Bezirk, wenn es nebenan ist. Lassen Sie uns also lieber groß denken, im Sinne davon, welche Räume es überhaupt irgendwo gibt, die man schnell erschließen kann, als direkt welche auszuschließen.

Die Stadtteilzentren wurden erwähnt, aus meiner Sicht zu Recht. Die Stadtteilzentren, die senatsgefördert sind, haben genau diese Aufgabe. Ihre Aufgabe ist es, Initiativen aufzunehmen, kennenzulernen und Räume für diese zu ermöglichen. Das funktioniert. Da ist das Maß auch voll im Sinne von, dass die Räume einfach voll sind. Was ich mir vorstellen kann oder Ihnen hier auch als Idee präsentieren möchte, ist, dass Stadtteilzentren Mittler sein könnten. Das tun sie jetzt auch schon, indem sie die Initiativen kennenlernen, mit ihnen in Kontakt treten. Was sie aber nicht sein können, ist, Raummanager zu sein. Das geht über ihre Kapazität hinaus und trifft nicht den Kern ihrer Aufgaben. Da müsste man sich trotzdem wieder überlegen, wer die Räume managt, die zur Verfügung stehen. Aber sie könnten möglicherweise eine Schlüsselfunktion übernehmen, indem sie die Initiativen kennen. Denn das ist ja etwas, was ich vorhin schon gesagt hatte, dass irgendjemand darüber entscheiden muss, wer in die Räume darf, wer das überhaupt ist und wie wir gewährleisten können, dass es im Sinne unserer

Demokratie läuft. Alles, was Sie Richtung Schlüsselsysteme gesagt haben, kann ich nur unterstützen. Das ist natürlich eine langfristige Idee. Aber genau in die Richtung müsste es aus meiner Sicht gehen.

Ich möchte am Ende noch einen Punkt erwähnen, den ich sehr unterstützen kann, nämlich den Hinweis auf die Außenräumlichkeiten, Außenflächen, den öffentlichen Raum. Auch dazu kann ich Ihnen aus der Umfrage, die wir unter den Mitgliedsorganisationen gemacht haben, berichten, dass genau das stimmt, was hier schon berichtet wurde. Auch das ist sehr schwierig. Auch das sollte man auf jeden Fall auf dem Schirm haben, im Sinne davon, wie diese Flächen nutzbar gemacht werden können. Es geht dabei nicht nur – in Anführungszeichen – um Parknutzungen. Wir haben da eigene Erfahrungen mit dem Moritzplatz usw. Man findet immer wieder Lösungen, die nicht unbedingt formal korrekt sind, um das mal zu machen. Es geht aber tatsächlich zum Beispiel auch um Schulhöfe oder um andere Arten von Sportstätten. – Vielleicht so viel erst mal zu den Fragen. Ganz herzlichen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank, Frau Jeglinski! – Herr Ottenberg, Sie haben das Wort!

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Fragen! Vielen Dank, Herr Förster, für Ihre freundlichen Worte! Sie sprachen noch mal die Frage der Landeshaushaltsordnung an. Frau Kahlefeld hat das dann auch noch mal getan. Die jetzige haushaltsrechtliche Situation ist: Es gibt generell keine Entgeltfreiheit für die Nutzung von Räumen durch Dritte. – Aus dem Grund hat auch der Landesrechnungshof die existierende Praxis in den Bezirken kritisiert und moniert. Die Bezirke waren dann gehalten, ihre Regelung anzupassen, um eine Entgeltforderung zu konkretisieren. Mein Plädoyer war, in die Landeshaushaltsordnung, Frau Kahlefeld, eine Option aufzunehmen, die es den Leiterinnen und Leitern des jeweiligen Verwaltungszweigs – das heißt im Bezirk der Bezirksbürgermeisterin, den Bezirksstadträtinnen bzw. in ihrem Auftrag den jeweiligen Beauftragten für den Haushalt – ermöglicht, unter bestimmten Maßgaben Kriterien, die dann politisch auch durchaus von Ihnen formuliert werden können, nicht nur für die Nutzung von Räumlichkeiten und Freiflächen zuzulassen, sondern eben auch die Entgeltfreiheit; und das nicht nur für Einzelveranstaltungen, sondern auch für eine dauerhafte Nutzung. In dem Zusammenhang, Frau Kollegin, möchte ich noch mal darauf hinweisen, dass die Trägerseite, die Nutzerinnenseite noch mal genauer in den Blick genommen werden muss, mit der Frage, welche Rechtsform auf der Nutzerinnenseite erforderlich ist, um solche Nutzungsverträge abzuschließen. Ist es zwingend erforderlich, dass das eine Körperschaft ist – in der Regel ist es ein Verein –, oder können nicht auch über das BGB Personengesellschaft selbst organisierte Zusammenschlüsse, die entsprechend Verantwortliche benennen, auch in die Lage versetzt und in den Genuss gebracht werden, solche Möglichkeiten auszunutzen?

Also bitte die Träger-, und Nutzerseite, aber auch die Einrichtungsseite noch mal in den Blick nehmen. Es ist eben kein Vergleich zwischen Stadtteilzentrum einerseits und Schule andererseits. Das Stadtteilzentrum ist üblicherweise nicht vom Bezirksamt betrieben, sondern ist auf Dauer einem Träger übergeben, in dessen Bereich dann natürlich auch die Vergabe der Räumlichkeiten fällt. Da hat sich das Bezirksamt dann überhaupt nicht mehr einzumischen. Die Träger selber, die so ein Stadtteilzentrum oder auch eine andere Einrichtung auf Dauer vollumfänglich nutzen, schließen einen Vertrag mit dem Bezirksamt und müssen dafür auch theoretisch ein Entgelt entrichten. Das fließt aber praktisch in die Gesamtförderung, in die Über-

lassung dieser Einrichtung an den Träger ein und erhöht oder reduziert ggf., je nachdem, die Förderung, die der Träger für den Betrieb dieser Einrichtung bekommt.

Das ist bei der Schule völlig anders. Schule ist ja ein Thema, wo seit Jahrzehnten ein ganz besonders dickes Brett zu bohren ist. Das bezieht sich natürlich auch auf die Öffnung von Schulhöfen. Eine richtig gute Idee habe ich mir da trotz 42 Komma sowieso Dienstjahren nicht erarbeiten können. Ich weiß nicht, ob es da wirklich einen Königsweg gibt. Ich glaube immer noch, das Beste ist es, sich als potenzieller Nutzer mit den vor Ort in der Schule Aktiven in Verbindung zu setzen, sich mit denen quasi gutzustellen, um dann die Möglichkeit zu bekommen, solche Räumlichkeiten zu nutzen. Ob strukturell da überhaupt eine Möglichkeit besteht, eine Verbesserung der Praxis herbeizuführen, daran habe ich wirklich allergrößte Zweifel.

Das Thema der Nutzung von Räumlichkeiten durch politische Parteien habe ich ganz bewusst überhaupt nicht angesprochen, weil die verfassungsrechtliche Situation auch eine durchaus andere ist als die von anderen Nutzungen. Deswegen ist es auch, glaube ich, hier außen vor zu lassen. Außerdem gehört es nach meinem Verständnis nicht klassisch zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Klammer auf, ich bin seit meinem 16. Lebensjahr selber Mitglied inzwischen mehrerer Parteien, Klammer zu. Die Nutzung durch Parteien sollte nicht wirklich im Wesentlichen im Fokus bei der weiteren Diskussion sein.

Ich hoffe, dass ich die Fragen soweit wenigstens kurz streifen konnte. Ich habe in meiner Stellungnahme auch noch mal den Kontakt aufgelistet. Wenn Ihnen im Nachhinein noch Fragen kommen, stehe ich Ihnen gerne zu Verfügung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Ottenberg! – Ich würde dann eine zweite kurze Runde machen, wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, und dann schließen, weil wir eigentlich jetzt abschließen müssten. Wir können aber noch eine Viertelstunde hier drinbleiben und den Ausschuss fortführen. Im Anschluss würde ich dann das Wort an den Senat geben. Gibt es weitere Wortmeldungen außer von Frau Wolff und Herrn Förster? – Sehe ich nicht. – Frau Wolff, Sie haben das Wort!

Dunja Wolff (SPD): Ich mache es auch ganz kurz. Ich glaube, wir haben sehr viel gehört. – Danke, Herr Ottenberg, dass Sie das am Schluss auch noch mal erwähnt haben, was die Parteien angeht. – Ich habe noch eine Nachfrage, vielleicht auch an die Senatskanzlei: Könnten Sie sich denn überhaupt vorstellen, mit dem, was jetzt auch Frau Jeglinski gesagt wird, dass es vielleicht eine Art Modellversuch geben könnte, und was die Räumlichkeiten angeht, was so eine Art Raumkataster angeht, – ich habe das jetzt nicht alles im Vorfeld lesen können, aber ich kann es mir im Zeitalter der Digitalisierung nicht so ganz vorstellen –, dass man das vielleicht nicht doch in den Freiwilligenagenturen bezirksspezifisch verankern könnte? Allerdings bräuchte man dazu vielleicht eine gemeinsame Vorlage oder wer auch immer so eine Plattform erstellen würde. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Ich schließe mich an, das Thema Parteien erstmal außen vor zu lassen, denn Parteien können aufgrund ihrer Mitgliedsbeiträge in ortsüblich angemessenem Rahmen auch Gaststätten oder Veranstaltungen oder Ähnliches anbieten in kommerziellem Rahmen. Das ist möglich. Fraktionen werden anders behandelt. Fraktionen werden in den Bezirksverordnetenversammlungen so behandelt, dass sie Räume bekommen, und zwar alle Fraktionen gleichermaßen. Da gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz. Es ist mir nicht bekannt, dass es dort Unterscheidungen gibt. Die wären rechtlich auch nicht zusätzlich. Wie gesagt, Parteien können das anmieten. Das ist kein klassisches Ehrenamt, weil sie auch Einnahmen erzielen in Größenordnungen, die das möglich machen.

Ich möchte auf das Thema, das Frau Jeglinski angesprochen hat, zu den Stadtteilzentren zurückkommen. Es gibt zum Teil Räumlichkeiten, die bei Wohnungsbaugenossenschaften oder städtischen Wohnungsgesellschaften bestehen. Da habe ich aber das Gefühl, dass sie doch relativ reglementiert sind, was den Zugang betrifft, dass zwar eine Wohnungsgenossenschaft ihren Genossen, ihren Mitgliedern die Räumlichkeit zur Verfügung stellt, wenn sie runde Geburtstage feiern oder wenn sie entsprechende Schachveranstaltungen dort machen wollen, sofern sie Mitglieder sind, aber sobald Initiativen aus dem Umfeld hinein wollen, die dort vielleicht örtlich gebunden, aber nicht unbedingt Mitglieder der Genossenschaften oder Mieter der städtischen Wohnungsgesellschaften sind, dass es schwieriger wird. Das sind aber Räumlichkeiten und Angebote, die in der Stadt zahlreich vorhanden sind. Vielleicht können Sie da noch etwas zu Ihren Erfahrungen sagen, ob es eine Möglichkeit wäre, stärker bei zumindest städtischen Gesellschaften darauf hinzuwirken. Ich weiß, es ist immer die Abwägung: Kann eine Wohnung als Treffpunkt für soziale und kulturelle Zwecke genutzt werden oder muss sie dem Wohnraum zugeführt werden? Ich würde aber sagen, bei aller Wohnungsknappheit sollten wir das eine nicht gegen das andere ausspielen. Man kann, ohne jetzt in Größenordnungen Wohnungen dem Wohnungsmarkt zu entziehen, sicher die eine oder andere Wohnung, wenn es berechtigt ist, in einer Lage, wo es wenig Räumlichkeiten gibt, auch für

solche Zwecke zur Verfügung stellen, wenigstens zeitweise für einige Jahre, bis es andere Angebote gibt. Ich denke, das kann man machen.

Ich möchte an Herrn Ottenberg noch die Frage stellen, was die juristische Bewertung des Landesrechnungshofes betrifft. Da sind meines Erachtens die Bezirke etwas übers Ziel hinaus geschossen, denn die Landesrechnungshöfe geben natürlich Empfehlungen, und man ist auch gut beraten, sich daran zu orientieren. Man muss aber auch nicht alles eins zu eins umsetzen. Es gibt auch einen politischen Spielraum, zu sagen: Die Bewertung teilen wir an der und an der Stelle nicht, weil sie rein fiskalisch getroffen worden sind und nicht politisch. Das, was daraus resultiert, zum Beispiel Treptow Köpenick, führt dann dazu, dass man zwar einen Träger gefunden hat, der dann für die anderen quasi huckepack das mitbeantragt, aber ansonsten muss trotzdem in jedem einzelnen Fall bei den Kultureinrichtungen, bei jeder einzelnen Einrichtung eine Plausibilitätsprüfung gemacht werden, ob die Überlassung unter Wert gerechtfertigt ist, und zwar immer wieder. Das ist ein immenser bürokratischer Aufwand, der letzten Endes aber zu dem Ergebnis führt, das wir kennen, dass sie natürlich berechtigt sind, die Räume zu nutzen. Ich glaube, das kann man auch vereinfachen. Herr Ottenberg! Gibt es rechtliche Gründe, die dagegen sprechen, auch auf Empfehlung des Landesrechnungshofs, hier abzuweichen, wenn man es politisch begründen kann?

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann fangen wir dieses Mal mit der Beantwortung bei Herrn Ottenberg an. – Sie haben das Wort!

Peter Ottenberg [zugeschaltet]: Die Stellung des Rechnungshofs ist bekannt. Der Rechnungshof hat zu prüfen, hat seine Prüfberichte zu erstellen und ist aber keine Instanz wie ein Gericht. Deswegen haben natürlich die Geprüften die Möglichkeit, auch von den Stellungnahmen des Rechnungshofs begründet abzuweichen. Das machen die Bezirke auch. Das macht auch der Senat immer wieder oder die Bezirke auch, aber es steht natürlich wiederum im Fokus, dass der Rechnungshof freundlich oder manchmal auch unfreundlich nachfragt. Die Mühe muss man sich dann schon auch machen, das gut zu begründen, aber es ist insoweit schwierig, weil die Landeshaushaltsordnung die Option nicht wirklich bietet, davon auch generell, genereller als bisher, abzuweichen und eine Entgeltfreiheit für die Nutzung von Räumlichkeiten zu verfügen als Leiter des Verwaltungszweigs. Das reicht Ihnen vielleicht als Antwort.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Jeglinski!

Anne Jeglinski (Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e. V.): Ganz herzlichen Dank! – Ich fange mit der zweiten Frage an, und zwar die Frage nach Nutzung von Raum bei Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften. – Unsere Erfahrung ist, da ist es sehr schwierig. Die Kontakte sind nicht immer einfach. Es ist nichts, was dort auf der Agenda ist, was ich, ehrlich gesagt, auch nachvollziehen kann, weil es bisher so in dem Sinne nicht auf die Agenda gepackt wurde. Das würde etwas benötigen, auch Ihrerseits, um das wirklich zum Thema zu machen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen. Es gibt Kooperationen und Beispiele dafür. Allerdings wäre das jetzt eine völlig neue Richtung, in die wir denken würden, eine andere Strategie, und möglicherweise ist die Kostenfrage dann noch ungeklärt. Wenn das Wohnraum wäre oder auch Mietraum für Gewerbe, der zur Verfügung gestellt werden würde, dann würden dafür Kosten entstehen, die in einer Schule möglicherweise auch zu einem Prozentsatz entstehen,

aber die ist schon mal sozusagen da. Da bin ich etwas zurückhaltend, halte es aber nicht für unmöglich, das ist aber sicherlich ein Langzeitprojekt. Insgesamt würden wir es natürlich begrüßen, dass bei Wohnungsbaugenossenschaften und bei Wohnungsbaugesellschaften die soziale Infrastruktur mitgedacht wird. Hier möchte ich auch noch mal erwähnen, dass das zum Teil schon geschieht, allerdings dann in Form von geregelten sozialen oder finanzierten Angeboten.

Zu dem ersten Hinweis, die digitale Plattform von Freiwilligenagenturen, möchte ich erwähnen, dass aus meiner Sicht Freiwilligenagenturen auch ideale Partner dafür sein könnten oder sind, zum Beispiel in Form von Zuwendungen, dafür Aufgaben zu übernehmen. Allerdings erlaube ich mir auch noch den Hinweis, dass es trotzdem aufseiten der Bezirke klare Zuständigkeiten und transparente Partner braucht, die wiederum dann als Ansprechpartner fungieren. Die Freiwilligenagenturen alleine könnten das nicht stemmen, könnten aber sicher in ihrer Struktur, auch in der Denke des Matchings – sage ich jetzt mal vereinfacht ausgedrückt – eine hilfreiche Stütze sein. Gerne arbeite ich da auch noch zu oder stelle Beispiele zur Verfügung, die wir vielleicht schon kennen oder die es in anderen Zusammenhängen gibt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Möchte der Senat?

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKzl): Vielen Dank auch von meiner Seite für diese Anhörung! – Ich habe auch noch einige Punkte mitgenommen. Sie haben auch dargelegt in Ihren Beiträgen, dass die die Notwendigkeit besteht, dass wir an dieser Stelle eine Lücke schließen, damit wir Rechtssicherheit schaffen und dass wir Räume öffentlich zugänglich machen und kosten- und barrierefrei für die Breite des bürgerschaftlichen Engagements hinkommen. Vor allem müssen wir uns bewusst machen, dass es jetzt ganz konkret um einen sogenannten Raumplaner oder eine Übersicht geht, einen Zugang dazu, alle diese rechtlichen Klarstellungen, die wir auch sehen, aber nur Stück für Stück vorantreiben können. Ja, es ist eine Handlungsempfehlung auch in der Engagement-Strategie zu dieser Frage, Antworten zu finden. Zu der verpflichten wir uns auch. Neben den neuen Räumen geht es auch um unterschiedliche Punkte, die wir miteinander frankieren müssen.

Die Rolle der Stadtteilzentren haben Sie auch angesprochen. Da müssen wir ausbauen, um mehr Räume in dem Bereich zu schaffen. Wir brauchen neue Räume im Rahmen von Neubaumaßnahmen, die wir konkret aktiv berücksichtigen, um dann zu gucken, wie wir den Zugang dort ermöglichen können. Wenn wir uns anschauen: Welche Rolle können wir im Bundesrat letztlich einnehmen, die Mietpreise im gewerblichen Bereich zu bremsen? – ist das auch etwas, was den Kulturschaffenden, den Kulturvereinen oder denen, die sich dort engagieren, helfen kann, aber auch ganz anderen wohltätigen gemeinnützigen Vereinen. Wir müssen zu innovativen Lösungen kommen, das haben Sie unterschiedlich beschrieben, zu mehr Mischnutzungen in Sportvereinen, in Schulen, aber auch Kirchen. Gerade aus dem Bereich Treptow-Köpenick kenne ich es auch noch als ehemalige Kommunalpolitikerin, wenn sich Gemeinden öffnen für solche Räume, dann ist es auch ein neuer Zugang.

Die Nutzung vorhandener Räumen erleichtern ist etwas, wo sich Bezirksbürgermeister, aber auch Kolleginnen und Kollegen an mich gewandt haben. Ja, es besteht die Notwendigkeit, dass wir hier durch den Gesetzgeber, an dieser Stelle sind Sie vorrangig gebeten, eine Klarstellung herbeizuführen, und auch wir als Senat haben ein Interesse daran, eine Übersicht über die gangbaren Wege mit Ihnen gemeinsam zu entwickeln und Wege aufzuzeigen. Ich glaube,

dass das ein Thema ist, das uns beschäftigt. Das können wir Ihnen zusichern. Wir haben schon Gespräche dazu geführt. Es geht um mögliche Ideen. Herr Ottenberg hat sozusagen auch dargelegt, dass es unterschiedliche Paragrafen sind, die man anfassen müsste. Das Problem ist, dass es bisher eine Einzelfallbetrachtung ist. Wie kommen wir dazu, dass wir den Zugang quasi erweitern? – und ob das eine Klarstellung dahingehend ist, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf gemeinnützige Vereine auszuweiten, neben den Ausnahmen, die wir im Bereich des Sports, im Bereich der Jugendarbeit haben. Dann muss man sich das in Ruhe anschauen. Wir müssen dazu auch Verhandlungen und Gespräche mit SenFin führen, um zu gucken, wie wir das genau umsetzen können. Was wir aber konkret schon machen als einen ersten Schritt – noch lange nicht die große Lösung –, ist ein Modellprojekt, wo wir einen digitalen Raumplaner auf der Plattform Bürgeraktiv auf den Weg bringen wollen, voraussichtlich Mitte des Jahres, wo wir sozusagen der Berliner Zivilgesellschaft eine Übersicht an einem zentralen Ort über alle städtische Raumkapazitäten darlegen und über Konditionen informieren wollen: Welche Größe hat der Raum? Wann steht er zur Verfügung? Wie ist er nutzbar? Öffnungszeiten – das alles zu sammeln. Da sind wir gerade in der Konzeptionierung und auch angewiesen auf Akteure wie den Paritätischen Wohlfahrtsverband. Wir sind dankbar. Wir haben es heute durchaus als ein Signal begriffen, mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft zu arbeiten und zu gucken: Welche Pools an Räumen gibt es? Welche können wir sichtbar machen? Wie können wir gemeinsam an dieser Stelle für Transparenz sorgen? Davon unabhängig bleibt aber natürlich der gesetzliche Auftrag, dass wir für eine Klarstellung an dieser Stelle in der Landeshauhaltsordnung sorgen müssen, welcher Weg das ist. Das müssen wir noch miteinander eruieren. Ein paar Impulse haben wir heute mitgenommen. Einer hat mich sozusagen aus der Praxis erreicht über eine Erweiterung auf gemeinnützige Vereine für Ausnahmegenehmigungen im Bereich der Verordnung zur Vergabe von Räumen – die Abkürzung lerne ich noch, sehen Sie es mir nach –. In diesem Sinne starten wir mit dem digitalen Raumplaner. Das ist ein erster Schritt, und wir entwickeln das weiter.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Dann wären wir auch schon fast am Ende des Tagesordnungspunktes. Ich danke beiden Anzuhörenden. Frau Jeglinski, schön, dass Sie hier waren. Vielen Dank für die Informationen, die Sie uns gegeben und die uns sehr bereichert haben. Herr Ottenberg! Herzlichen Dank auch an Sie für den Input, den Sie uns hier gegeben haben. – In diesem Sinne wird die Beratung des Besprechungspunktes vertagt bis das Wortprotokoll vorliegt. Dann werden wir das entsprechend im Ausschuss wieder aufrufen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.